

06. Juni 2014
Pressemitteilung

Situation von Roma in Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien von systematischer Benachteiligung und Diskriminierung gekennzeichnet – Kritik des Zentralrates an Gesetzesänderung zu „sicheren Herkunftsländern“

Die Lage von Roma in den westlichen Balkanstaaten sei nach wie vor von erheblichen Diskriminierungen und Benachteiligungen gekennzeichnet, so daß große Teile der Minderheit dort in ihrer Existenz bedroht sind, erklärte heute der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose. Das Konzept der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ werde vom Zentralrat grundsätzlich abgelehnt, weil es der tatsächlichen Lage von Roma vor Ort in keiner Weise gerecht werde. Romani Rose fordert Bundesinnenminister Lothar de Maizière und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, mit einer Delegation in diese Länder zu reisen und sich selbst ein Bild von der menschenunwürdigen Situation großer Teile der Romabevölkerung dort zu machen, von den Ghettos, der Segregation, und von der Unmöglichkeit, Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildung zu bekommen.

Der Zentralratsvorsitzende verweist auf die hier notwendige Verpflichtung, eine umfassende und sorgfältige Prüfung des Einzelfalls nach wie vor vorzunehmen und die vielfältigen Ausgrenzungen und Diskriminierungen, denen Roma ausgesetzt sind, ernst zu nehmen. Diese Verpflichtung ergebe sich auch für Deutschland schlichtweg aus den Menschenrechten. Der individuelle Schutzanspruch von Flüchtlingen aus den genannten Staaten dürfe nicht über eine Gesetzesänderung ausgehebelt werden, so Rose.

Herbert Heuss
Wissenschaftlicher Leiter
h.heuss@sintiundroma.de